

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Frangierlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Verlagsdirektion:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. **Verlagszeitung:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6 gespaltenen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 185. Dresden, Mittwoch den 12. August 1908. 19. Jahrg.

Milde Richter und solche von — der anderen Sorte.

Von unserem römischen i. v. Korrespondenten.

Der Zufall hat in den ersten Augusttagen zu gleicher Stunde von römischen Gerichten zwei Urteile fällen lassen, deren Gegenüberstellung so lehrreich ist, daß man eigentlich die beiden Gerichtshöfe wegen Aufreizung zum Klassenhaß belangen möchte. Die Gegenüberstellung wirkt nämlich tatsächlich aufreizend. Gelgt sie und doch die Justiz in zwei ganz verschiedenenhaltungen: milde, vernehmend, durchsichtig bis zur Mittelschuld in dem einen Falle, brutal, stupide, blind zuschlagend, erbarmungslos an dem andern. Auf der einen Seite galt es nämlich zwei reiche, mächtige, einflussreiche Herren zu richten, auf der andern 19 namenlose Proletarier.

Die hohen Herren sind die Generaldirektoren der italienischen Strafanklagen, Doria und Canevelli. Um den Anarchisten Acciarito, der im Jahre 1897 ein Attentat auf Humbert I. begangen hatte, zum Rennen von Mittelschulden zu bringen, hatte man ihm für diesen Fall die Begnadigung versprochen, und um ihm die Begnadigung begehrtestenswert zu machen, hatte man ihn durch gefälschte Briefe in den Glauben gebracht, daß ihm seine Geliebte ein Kind geboren hätte. Dieses grausame Verfahren war im Einverständnis mit zwei einander im Amte folgenden Generaldirektoren in Anwendung gebracht worden von dem Gefängnisdirektor von Santo Stefano, einem gewissen Angelilli. Obwohl die Namen der vermeintlichen Mittelschulden auf so ganz und gar unzuverlässige Weise gewonnen waren, wurde wirklich der Prozeß gegen die fünf von Acciarito genannten Anarchisten eingeleitet. Als dann vor den Richter die Inquisitorenarbeit der Gefängnisverwaltung zum Vorschein kam, sagten die beiden Angeklagten unter ihrem Eide aus, von der ganzen Sache nichts gewußt zu haben. Das Strafverfahren für diesen Eide, der ein Meineid war, ist verfehlt. Nicht verfehlt war aber der Prozeß wegen Verleitung zu falscher Zeugenaussage, deren sich die Herren Generaldirektoren gegenüber ihrem Untergebenen, dem Direktor Angelilli, schuldig gemacht haben sollen, indem sie ihn durch Drohung sofortiger Entlassung verhinderten, den wahren Sachbestand vor dem Gericht darzulegen. In diesem Prozeß ist nun am 4. August Freisprechung erfolgt.

eines Verbrechens angeklagt waren, für das Untersuchungshaft vorgeschrieben ist, waren nicht nur auf freien Fuß, sondern belassen weiter ihre Kemter. Doria als Mitglied des Staatsrats, Canevelli als Generaldirektor der Strafanklagen. So hatten sie auch den Vorteil, den größten Teil des Belastungsmaterials in ihrer Gut und Aussicht zu haben. Natürlich hatte auch der Staatsanwalt für die Herren Freisprechung beantragt. Die Proletarier dagegen saßen sämtlich seit dem 3. April in Untersuchungshaft und der Staatsanwalt hatte für sie Gesamtstrafen in der Höhe von 100 Jahren gefordert! Es empfiehlt sich wirklich für jedermann, mit Rücksicht auf etwaige Konflikte mit der Justiz, sich seine Eltern genau anzusehen.

Konjunkturlügen.

Die ersten Anzeichen eines Stillstandes des Konjunkturrückganges in den Vereinigten Staaten wuchsen sich auf dem Wege von Amerika nach Europa zu einer schon „merklichen“ Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ aus, um die von der Börse langerechte Belebung anzufachen. Die amerikanische Spekulation half diesen Stimulierungsversuchen natürlich kräftig nach, doch nur kurze Zeit konnte die falsche Vorstellung von einem begonnenen Konjunkturaufstieg in den Vereinigten Staaten erwidert werden. Nach unerlöschlichen Berichten ist nur zu konstatieren, daß der Tiefstand überwunden ist, selbst ein Präsident des amerikanischen Stahltrails, der gewiß schon aus Beruf und Reizung die wirtschaftliche Situation optimistisch zu beurteilen geneigt sein wird, erklärte jüngst, daß sich die Aufwärtsbewegung sehr langsam vollziehen dürfte, eine wesentliche Besserung ist nach seiner Meinung frühestens im Frühjahr des kommenden Jahres zu erwarten.

In zahllosen Fällen konnte man feststellen, daß die großen deutschen Syndikate übertrieben günstige und häufig wissenschaftlich unwahre Berichte über die Wirtschaftslage veröffentlichten, besonders ist sich in diesem Kreise der Stahlwerksverband hervor. Auch einzelne Großindustrielle verbreiteten seit dem Beginn der wirtschaftlichen Depression Konjunkturauffassungen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen in einem so traffen Widerspruch standen, daß nur die Annahme übrig blieb, sie hätten gleichfalls nur dem Zweck der Stimmungsmache dienen sollen. Am Herbst des Vorjahres wurde von den Syndikatsleuten jede Konjunkturabschwächung bestritten, als sie zahlenmäßig erwiesen war, suchte man kleinliche und nebensächliche Dinge als ihre Ursachen hinzustellen, dann lag man von Besserungen, die sich inzwischen vollzogen haben sollten.

Wald erwiesen sich diese Angaben als Märchen, und nun legten die Prophezeiungen über den nahe bevorstehenden Termin des wiedereintretenden Aufstieges ein. Für den Monat April war der Beginn der Besserung angekündigt, er mußte natürlich ausbleiben, darauf folgte nun eine gewisse Mäßigung bei den offiziellen Erklärungen über die gegenwärtige und kommende Marktlage. In der Mitte des Monats Juli ließ der Stahlwerksverband, angeregt durch die übertrieben günstigen amerikanischen Schilderungen, verkünden, daß die zugestandene Preisermäßigung von 5. pro Tonne für Halbzeug, das bis zum 15. Juli für das 3. Quartal bestellt wird, einen lebhafteren Eingang von Aufträgen veranlaßt habe; der Eingang von Aufträgen in Halbzeug sei befriedigend, das gleiche gelte auch für Formeisen, so daß also eine merkliche Besserung eingetreten sei. Es wurde damals darauf hingewiesen, daß der Eingang von Aufträgen in Halbzeug durch die nur für kurze Frist gewährte Preisermäßigung etwas gewaltsam angereizt sei, daß die so bewirkte Auftragszunahme keineswegs berechtigt, von einer merklichen Besserung zu sprechen. Unwahrscheinlich erklärten auch der gleichzeitig behauptete bessere Einlauf von Bestellungen auf Formeisen. Jetzt geht nun eine vom Stahlwerksverband inspierte Werbung durch die Presse, die die eben erwähnten Angaben glatt widerufen. Der Führer des Stahlwerksverbandes weist danach seine bemerkenswerten Veränderungen gegen den Vormonat auf. Das Halbzeuggeschäft hat sich unter dem Einfluß der ermäßigten Preise etwas gebessert, auch die Abrufe erfolgten etwas flotter, doch das Formeisengeschäft war aus den bekannten Ursachen weiter schlecht, und das Geschäft in Eisenbahnstoffen bewegte sich im Rahmen des Vormonats. Auch der bisherige Augustverlauf läßt nach dieser Werbung eine bemerkenswerte Besserung noch nicht erkennen. Wie war es möglich, daß am 15. Juli eine merkliche Besserung konstatiert werden konnte, während am 10. August festgestellt werden muß, daß eine bemerkenswerte Besserung noch nicht zu erkennen ist? Der Stahlwerksverband wird hoffentlich nicht zögern, die Wertlosigkeit dieser Syndikatsberichterstattung diesmal zu erklären.

demokratische Protestantrag in der bayerischen Kammer auch von der liberalen Fraktion angenommen werde. Denn er halte die Idee einer Elektrizitätssteuer für eine unglückliche. — Wahrscheinlich hat die Zentrumspresse die Nachricht von Müller-Meinings Vaterschaft nur erfunden, um den beliebigen Blaspolitiker ein wenig anzuknallen. Denn sie hält diesen Abgeordneten für einen komischen.

Die Nationalzeitung erklärt sich mit einer Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer auf direkte Abkömmlinge einverstanden, und versichert zugleich, daß der Abgeordnete Passermann, als er in Neustadt von direkten Reichsteuern sprach, keinesfalls an eine Reichseinkommensteuer gedacht haben könne. Denn das Einkommen sei in den mittleren Stufen, zu denen das nationalliberale Organ die Stufen von 6000 bis 20 000 M. rechnet, bereits so stark in Anspruch genommen, daß eine weitere Belastung kaum möglich wäre. Die Staatseinkommensteuer auf diese sogenannten „mittleren“ Einkommen beträgt 160 bis 600 M.; selbst wenn eine Gemeindesteuer von 100 Prozent zugerechnet wird, bleiben dem 20 000-Mark-Besitzer nach Zahlung seiner Steuer immer noch 18 800 Mark jährlich zu verkehren. Warum da „eine weitere Belastung kaum möglich“ sein soll, ist nicht recht einzusehen. Und woher will die nationalliberale Partei die Mittel für die Regulierung der preußischen Beamtengehälter nehmen, wenn sie eine weitere Belastung der „mittleren Einkommen“ besonders in Preußen für „kaum möglich“ hält?

Freisprechung des Gendarmen Jude.

Die Bluttat des Gendarmen Wachmeister Jude, der am 23. September 1906 in Stolpe an der Berliner Nordbahn den Zimmerer Adolph Hermann aus Hohennauendorf erschossen hatte, kam am 11. August 1908 vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebrigade in Berlin zur Verhandlung. Wie die Zeugen, darunter der Bruder des Erschossenen, bekundeten, sei eine Gruppe von Arbeitern, die nachts von einem Jahlabend nach Hause gegangen war, unterwegs in der Dunkelheit mit Fremden zusammengestoßen. In dem einen dieser Fremden habe man den Gendarmen Jude erkannt. Die Arbeitergruppe wäre nach einem Wortwechsel ruhig weiter gegangen. Dann kam jemand in geduckter Haltung auf zwei der Arbeiter zu und feuerte einen Schuß ab, der den Zimmerer Hermann tödlich traf. Darauf verschwanden die Gendarmen. Der Schuß war von Jude abgefeuert worden. Ein weiterer Zeuge Knopf gab an, daß beleidigende Bemerkungen nicht gefallen seien. Ihne jeden Grund sei auf sie eingeschlagen worden. In gebückter Stellung habe der Angeklagte den todbringenden Schuß abgegeben. Der Vorgang habe nur einige Minuten gedauert. So schnell wie die Gendarmen gekommen wären, so schnell seien sie auch wieder verschwunden gewesen.

Der Verhandlungsleiter fragte den Bruder des Getöteten, ob er von der Seite der Partei über die Sache befragt worden sei, was er verneinte. Abgeordneter Stadthagen hat am 6. Februar dieses Jahres die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht und die Tat des Gendarmen als Mord bezeichnet, worauf endlich die bis dahin unterbliebene Anklage gegen den Gendarmen Jude eingeleitet wurde. In der Verhandlung vom 11. August sprach das Kriegsgericht den Täter frei, weil durch die Zeugenaussagen die Sache nicht genügend geklärt worden sei.

Sturm im Wasserlaße.

Der Konflikt der badischen Regierung mit dem Landtage wegen der Steuererhöhungen wird, wie die Kölnische Zeitung aus Karlsruhe erfährt, durch die Vermittlung der Ersten Kammer beseitigt werden. In ihrer Sitzung am Montag hat die Erste Kammer an Stelle der von der Regierung geforderten 16 Prozentigen Erhöhung der Einkommensteuer eine solche von 10 Prozent vorgeschlagen. Dagegen lehnt auch die Erste Kammer die Erhöhung der Vermögenssteuer von elf auf zwölf Pfennig gleich der Zweiten Kammer ab, ist aber im Gegenfall zur Zweiten Kammer für die Beibehaltung der Fleischsteuer. Obwohl die Anträge der Ersten Kammer sich mehr den Beschlüssen der Zweiten Kammer nähern als der Regierungsvorlage, ist die Regierung noch der Meinung, daß die Ersten Kammer die Beschlüsse der Zweiten Kammer nicht übernehmen will. Der Finanzminister konnte, es sei der Wunsch der Regierung, daß auch die Zweite Kammer den Beschlüssen der Ersten Kammer beitrete und so die Einigkeit zwischen Regierung und Volksvertretung hergestellt werde. Die Zustimmung der Zweiten Kammer zu den Beschlüssen der Ersten Kammer soll gesichert sein.

Die Konkurrenzklausel vor den Kaufmannsgerichten.

Ueber die Erfahrungen mit der in Handels- und Industriezweigen beliebten vertragmäßigen Behinderung der Angestellten am Betrieb eines Konkurrenzgeschäftes oder dem Eintritt in ein solches nach Ablauf ihrer Stellung und die Bedingungen der unabweisbaren Reform der bestehenden gesetzlichen Vorschriften wird die vom 27. bis 29. August d. J. in Jena stattfindende Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu beraten haben. Zur Vorbereitung ist in dem Verbandsorgan außer mehreren Gutachten (dabei eines vom Genossen Köpfen), zahlreichen Ent-

Deutsches Reich.

Der Protest des Blokmanns.

Zur Reichsfinanzreform erklärt der Abgeordnete Müller-Meinings in der Berliner Volkszeitung, daß er keineswegs — wie die höchste Zentrumspresse behauptet — Vater der Elektrizitätssteuer sei. Nie habe er beim Reichskanzler oder einer anderen zuständigen Person diese Steuer „angeregt“; vielmehr habe er dahin gewirkt, daß der sozial-

Man hat dieser Prozeß Dinge der einschlägigen Art ergeben. Er hat gezeigt, daß in italienischen Gefängnissen ein Sträfling einer hysterischen feilischen Forderung unterworfen werden kann, um von ihm Geständnisse zu erlangen. Daß diese Geständnisse trotz ihrer durch ihre Entziehung bedingten absoluten Un glaubwürdigkeit als Grundlage zu einem Prozeß verwendet werden, bei dem fünf unbescholtene Personen die Verantwortung zu lebenslänglicher Kerkerhaft riskieren. Er hat weiter gezeigt, daß vor diesem Prozeß ein allgemeiner Kriegsrat der an dem Lügenbeweis beteiligten Beamten in Gemeinschaft mit einem der Richter gehalten und die „wahrscheinlichen“ Zeugenaussagen verabredet wurden! Auch hat er zweifelslos dargelegt, daß dem Organismus des Ganzen, dem Direktor Angelilli, durch Androhung schwerer Schädigung in seiner Karriere die wahrheitsgemäße Aussage wenn nicht unmöglich gemacht, so doch „verleitet“ worden war. Trotz alledem hat das milde Gericht auf Freisprechung erkannt, wahrheitsgemäß in Ermessung des Umstandes, daß Leute, die in einem moralisch so durchsichtigen Milieu leben, wie das durch den Prozeß bekannt gemordene, nicht anders als subjektiv unsittlich und objektiv verbrecherisch handeln können.

Wie anders dagegen der andere Prozeß! Da saßen 19 Proletarier auf der Anklagebank, die eine blinde Polizeitruppe am Tage nach dem blutigen Konflikt in der Piazza del Gesù in die Gefängnisse hineingeführt hatte. Zum Teil waren die Angeklagten gar nicht an dem Ort des Konfliktes gewesen, zum Teil hatten sie sich gerade um Verabreichung der Gemüter verdient gemacht. Auch Angeklagte mögen dabei gewesen sein, aber aus der Beweisaufnahme ging das keinesfalls hervor, denn niemand hat sich in der Erregung und dem Tumult physischen eintragen können, niemand außer den Polizeisten, die die ausschlaggebenden, ja fast die einzigen Belastungszeugen waren. Es handelt sich hier tatsächlich um Prozesse, die man dem Forum der Rechtspflege zuliebe unterlassen sollte, denn die Beweis aufnahme ruht auf einer psychologisch durchaus anfechtbaren Grundlage. Wo die Polizeisten nicht direkt aus Wahrheit gehandelt haben, können sie im guten Glauben Opfer von Sinnestäuschungen und falschen Erinnerungen geworden sein, was schon daraus hervorgeht, daß mehrere der Angeklagten ungewissheit ihr Alibi beweisen konnten. Was gar die Anklage betrifft, daß die ersten Schüsse aus der Menge kamen — aus einem Trauergeselle! —, so ist sie durch den objektiven Befund widerlegt. Freilich waren es Polizeisten, die zuerst geschossen haben, aber hinter dem Jbidil stecken Ochetimpolizisten, was sich aus den aufgefundenen Kugeln ersehen läßt, die alle ohne Ausnahme aus Dienstrevolvern stammten.

Das Urteil lautete: für 8 Angeklagte auf je 3 Jahre, 6 Monate, 10 Tage Gefängnis und anderthalb Jahre Polizeiaufsicht, für einen auf 2 Jahre, 11 Monate, 8 Tage Gefängnis und ein Jahr Polizeiaufsicht, für 7 andere auf Gefängnisstrafen von 5 bis 8 Monaten und nur für 3 auf Freisprechung. Summa summarum: 33 Jahre, 3 Monate, 8 Tage Gefängnis und 13 Jahre Polizeiaufsicht. Schade, daß die Angeklagten es nicht zu Generaldirektoren der Strafanklagen hatten bringen können! Da wäre das Urteil anders ausgefallen.

Anderes war ja schon die ganze Verhandlung während des Prozesses. Die Herren Doria und Canevelli, die doch wegen

ern eintreffend
pid. 20
18
epto gratis
eingetroffen
ing
inge
nd-Falls
100 G. 425
R. 1/2, Tonne 15
-Heringe
R.
18
für aus
a 190 Pf.
Stid 10
10 Dof. a 120
ahme.